

## **FRAGESTUNDE**

Beginn: 12.30 Uhr  
Ende: 13.30 Uhr

### **1) Konzept Sozialraumorientierung**

GR. **Baumann** stellt an StRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Schröck** folgende Frage:

GR. **Baumann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen des werten Hauses, sehr geehrte Besucher und Besucherinnen, liebe Frau Martina Schröck, Stadträtin für Soziales! Eigentlich wollte ich ja eine Frage stellen und ich kann sie heute leider nicht stellen, weil ja bei der Fragestunde es ja um dein Fachgebiet gehen sollte. Ich wollte dich fragen, wie sehr du dich femdschämst für deine Partei, was da am letzten Dienstag war. Das ist nicht zulässig...

Bgm. Mag. **Nagl**: Her Gemeinderat, ich bitte Sie, diese konkrete Frage zu stellen.

GR. **Baumann**: Es geht um eine andere Sache, die mich auch sehr beschäftigt und schon seit Jahren beschäftigt, deine Vorgängerin hat diesem Haus da einen Entwurf, eine Überlegung zur Sozialraumorientierung vorgestellt, die wurde da beschlossen, da herinnen von allen Parteien. Vom Jugendamt seit dem letzten Jahr umgesetzt, es ist ein, ich weiß nicht, ob du das weißt, ein gemeinsames Projekt des

Sozialamtes mit dem Jugendamt gewesen, wir haben nur seit vielen, vielen Monaten vom Sozialamt diesbezüglich nichts mehr gehört. Meine

## F r a g e

an dich lautet: Wie ist der Stand bezüglich des Konzeptes Sozialraumorientierung im Grazer Sozialamt?

StRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Heinz! Das Thema Sozialraumorientierung ist sowohl inhaltlich als auch organisatorisch sehr vielschichtig. Aufgrund der beschränkten Redezeit, die mir zur Beantwortung zur Verfügung steht, werde ich sehr komprimiert darauf antworten. Ja, ich weiß, es ist ein gemeinsames Projekt von Jugendamt und Sozialamt, das im Jahr 2004 gestartet wurde und folgende gemeinsame Projekte wurden im März 2005 festgelegt. Erstens ist die Einteilung der Sozialräume erfolgt, also jeder Klient, jede Klientin des Sozialamtes ist in der Datenbank einem konkreten Sozialraum zugeordnet. Zweitens, Entwicklungs- und Lernprozesse: MitarbeiterInnen des Jugendamtes und des Sozialamtes haben gemeinsam eine MultiplikatorInnenausbildung besucht und haben das Wesen und die Inhalte der Sozialraumorientierung dort erfahren und auch an ihre Kolleginnen und Kollegen weitergegeben. Drittens, der gemeinsame Akt: Ziel dieses Teilprojektes war es, gemeinsame Daten und Informationen zu nutzen und mehrmalige Erhebungen in den beiden Ämtern durch einen gemeinsamen elektronischen Akt zu vermeiden. Dieses Projektziel wurde schließlich hintangestellt, da einerseits magistratsweit an der Einführung des elektronischen Aktes gearbeitet wurde und andererseits die Einführung der Mindestsicherung zumindest schon diskutiert worden ist. Klar ist aber auch schon, dass mit der Einführung der Mindestsicherung sowieso organisatorische Umbauten im Sozialamt erfolgen müssen. Viertens, das Projekt LQI: Dieses Projekt ist mittlerweile abgeschlossen und

das Sozialamt war und ist maßgeblich an der Lieferung von Datenmaterial beteiligt. Am 25.9.2008 wurde der Projektstatus Sozialraumorientierung offiziell abgeschlossen. Das Jugendamt hat daraufhin mit dem organisatorischen Umbau des Amtes begonnen und führt gemeinsam mit dem Land Steiermark ein Pilotprojekt durch, bei dem es vor allem um die neue Form der Verrechnung der Leistungen geht. Im Bereich des Sozialamtes hat es dieses Folgeprojekt nicht gegeben, dazu möchte ich zwei Gründe anführen. Erstens: Die bedarfsorientierte Mindestsicherung wurde bereits zum damaligen Zeitpunkt diskutiert und es war zu erwarten, dass diese eingeführt wird und dass damit wirklich große organisatorische Veränderungen im Sozialamt anstehen. Und wir merken das jetzt gerade, das Sozialamt arbeitet und arbeitet, das ist ein Riesenbrocken, der hier zu bewältigen ist. Es wird sogar am Samstag von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sozialamt derzeit gearbeitet, dass die Mindestsicherung fristgerecht umgesetzt werden kann. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hören es jetzt zwar nicht, aber ich möchte mich trotzdem einmal sehr, sehr herzlich für diesen wirklich großen und engagierten Einsatz bedanken (*Applaus SPÖ*). Der zweite Grund liegt in der Art der Tätigkeit und den gesetzlichen Vorgaben im Sozialamt. Im Bereich der Sozialhilfe werden gesetzliche Ansprüche geprüft, liegt ein Anspruch auf Sozialhilfe vor, also in Zukunft auf die Mindestsicherung, dann wird eben diese Leistung ausbezahlt, wenn kein Anspruch vorliegt, eben nicht. Es geht also nicht um die Klärung, welche punktgenaue Hilfe für einzelne KlientInnen passt, weil es nur eine Hilfe gibt, nämlich eine finanzielle Hilfe. In der Vollziehung des BHG ist die Struktur der Sozialraumorientierung auch nur bedingt tauglich, da die Leistungszuerkennung ja über IHB-Verfahren laufen, das heißt, das IHB-Team legt eine gewisse Leistung fest und die betroffene Person kann sich den Träger dann selber aussuchen, das heißt, das Amt hat keinen Einfluss auf die Auswahl der Trägerorganisation. Grundsätzlich wurde zu allen Anträgen und Anfragen zur Sozialraumorientierung im Sozialamt vom A 5 beziehungsweise von meiner Vorgängerin bereits ausführlich geantwortet und es ist mir jetzt kein zusätzlicher Auftrag oder kein zusätzliches Konzept bekannt (*Applaus SPÖ*).

GR. **Baumann**: Ich habe es jetzt nicht verstanden, das Sozialamt hat sich von dieser gemeinsamen Tätigkeit verabschiedet, wenn ich das so verstanden habe. Mich wundert, dass du beim Aufzählen der Sozialraumarbeit im Sozialamt zwei Projekte, denen ich direkten Zusammenhang mit Sozialraum unterstelle, nicht erwähnt hast, nämlich die Hot-Spot-Betreuer, die vor kurzem eingeführt worden sind, wo im Übrigen noch ein Hot-Spot-Betreuer aufgenommen werden kann und ERFA, das sind doch sozialräumlich arbeitende Projekt, verabschiedest du dich jetzt davon? Meine Frage geht jetzt in die Richtung, die du gestern mit einer kurzen Antwort, nämlich nein beantwortet hast, dich noch einmal in diesem Haus zu fragen. Das Sozialamt beziehungsweise im Bereich der mobilen Dienste hat fünf Zonen, quasi fünf eigene Sozialräume konzipiert und entwickelt, ist das die neue Richtung des Sozialamtes im Unterschied von dem gemeinsamen Projekt mit dem Jugendamt jetzt fünf Sozialräume, fünf Zonen einzuführen, anstatt an diesen vier Sozialräumen, die gemeinsam konzipiert sind, weiterzuarbeiten? Frage.

StRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Schröck**: Heinz, da hast du was nicht richtig verstanden.

*Zwischenruf GR. Grosz: Das passiert ihm öfter.*

StRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Schröck**: Die Einteilung der mobilen Dienste erfolgt schon immer in fünf Zonen, Graz ist in fünf Zonen aufgeteilt und jeder der anerkannten Träger, die in Graz mobile Dienste leisten ist einer Zone zugeordnet, das hat mit Sozialraum nichts zu tun. Wir können uns gerne überlegen, dass wir da neue oder ist auch Fakt, wir haben jetzt keine Verträge mit den Trägern, das wird alles über das Land organisiert.

Wir können uns gerne überlegen, dass wir als Stadt, Verträge mit den Trägern machen, dann weise ich aber darauf hin, dass wir eine EU-weite Ausschreibung machen müssen und dass wir dann wahrscheinlich einen einzigen Träger haben, weil die Leistungen sind in allen fünf Stadtgebieten die Gleichen und es bleibt dann im Endeffekt ein Sozialraum übrig, ich glaube nicht, dass es das ist, was du willst (*Applaus SPÖ*).

## 2) Fortbestand der Volksschule St. Leonhard

GR. Mag. **Fabisch** stellt an StRin. Mag.<sup>a</sup> (FH) **Grabner** folgende Frage:

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Frau Stadträtin! Vor einiger Zeit wurde, gegen die Stimmen der KPÖ, von der Stadt beschlossen, an der Volksschule St. Leonhard in der Elisabethstraße keine weiteren Anmeldungen mehr vorzunehmen. Damit sollte nach einigen Jahren das Ende dieses Volksschulstandortes erreicht werden. Für viele Kinder allerdings bedeutet dies, auf die Möglichkeit, zu Fuß ihre Schule zu erreichen, verzichten zu müssen. Stattdessen sind sie gezwungen, in den Schulbus zum Berliner Ring einzusteigen. Der Vorschlag der KPÖ, zumindest dislozierte Klassen zu belassen, wurde nicht berücksichtigt.

Nun scheint allerdings – wenn man Zeitungsmeldungen glauben darf – von Elternseite starkes Interesse am alten Schulstandort zu bestehen.

Ich stelle an Sie, Frau Stadträtin, folgende

**Frage:**

Wie geht es mit der Volksschule in der Elisabethstraße weiter beziehungsweise wird der Aufnahmestopp aufgehoben (*Applaus KPÖ*)?

StRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabner**: Werter Herr Gemeinderat! Vielen Dank für Ihre Frage. Die Schule selbst, ich glaube, es immer sehr wichtig, dass wir vom selben sprechen, es ist die Volksschule Elisabeth und nicht Leonhard, denn Leonhard ist die neue Mittelschule, damit wir vom selben sprechen, ist auf Antrag der Stadt und auch mit dem Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung stillgelegt worden, weil zu wenige Anmeldungen waren. Wir haben die Schule wieder geschlossen, wir haben sie stillgelegt, weil einfach keine Kinder vorhanden waren beziehungsweise keine Eltern ihre Kinder dorthin angemeldet haben und somit eine erste Klasse auch nicht geöffnet werden konnte. Sie haben vollkommen Recht, dass wir eine steigende Schüleranzahl in Graz haben und es gibt sehr viel Bedarf an Schulen, es gibt sehr viel Bedarf auch an Ausbauten und auch in diesem Bereich, wenn man sagt, die Kinder müssen in den Bus einsteigen und könnten im Grund um die Ecke gehen, auch da gebe ich Ihnen vollkommen Recht und genau das ist es, was wir schon gemacht haben. Es ist Handlungsbedarf für dieses Gebiet da, es ist das Stadtgebiet, auch hier werden Zuströme kommen und wir arbeiten gerade an einem neuen Konzept, dass diese Schule wieder attraktiv geöffnet werden kann, dass wir wieder Kinder in diese Schule bekommen und wenn die Ergebnisse vorliegen, es wird gerade auch noch evaluiert, welche Form die Beste ist, dass wir sagen, dislozierte Klassen beziehungsweise auch ein Teil von anderen Schulen, dann darf ich Sie gerne informieren, Ihnen das mitteilen, aber es ist in unserem gemeinsamen, in unser aller Interesse, dass diese Schule wieder für die Kinder da ist und ganz richtig, auch zu Fuß den Schulweg gehen können (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch**: Darf man damit rechnen, dass ab dem kommenden Schuljahr schon der Betrieb wieder frisch fortgesetzt werden kann. Die Anmeldungen wieder angenommen werden können?

StRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabner**: Für das heurige und kommende Schuljahr sind keine Anmeldungen und eine Umstrukturierung und nicht nur Attraktivierung, ein neues Konzept wird sich jetzt für dieses Semester beziehungsweise für das kommende Schuljahr nicht ausgehen, es wird dann präsentiert. Die Einschreibungen, wie Sie wissen, sind schon da, im Grunde genommen schon mehr oder minder abgeschlossen beziehungsweise im Laufen und wir werden dann das nächste Schuljahr anstreben (*Applaus ÖVP*).

***Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 12.45 Uhr den Vorsitz.***

### **3) Moscheenbau; Dschihadfahne**

GR. Mag. **Sippel** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In der letzten Gemeinderatssitzung haben Sie auf meine Zusatzfrage über meine Anfrage bezüglich des Standes des Moscheenbaus in Graz etwas interessantes gesagt, ich möchte kurz zitieren: „Wir unterstützen beide Projekte, gemeint sind natürlich die Moscheenbauten der Bosnier und Türken, als Stadt Graz, damit die Menschen in unserer Stadt dann auch einmal merken, dass Schreckgespenster, die von vielen

verbreitet werden, dann gar nicht eintreffen, sondern dass das gläubige Menschen sind, die zu ihrem Gebet gehen, die einen sehr offenen Dialog führen, den leider noch immer nicht alle annehmen.“

Am 4. Februar haben wir dann eine Demonstration anlässlich der Unruhen in Ägypten, auch in Graz erlebt, wo ägyptische Moslems in der Grazer Innenstadt eine Demonstration abgehalten haben und dort ist, Sie verzeihen, in gewisser Weise auch etwas Ihre naive Sicht auf die Dinge, widerlegt worden, es haben sich unter die Demonstranten eine Gruppe bosnischer Islamisten hineingeschummelt, hineinreklamiert, die dort die Dschihad Fahne, die Kriegsflagge Mohammeds auch mitgeführt haben, ich brauche Ihnen, glaube ich, nicht erklären, was das auch aussagt und daraufhin wurde in einer Zeitung, in der Steirer Krone, auch ein Staatspolizist vom Verfassungsschutz zitiert, der in diesem Zusammenhang von einer unterführungszeichen möchte ich einmal sagen „kleinen radikalen Zelle“ unter den bosnischen Moslems in Graz zu berichten wusste. Wir reden hier von 150 bis 250 Radikalen in Graz.

Diese Tatsache entspricht jetzt nicht ganz jenem Bild eines offenen Dialogs der Moslems, die Sie geradezu euphorisch auch das letzte Mal versucht haben hier herinnen zu zeichnen.

Und daher möchte ich auch folgende

### **F r a g e**

an Sie richten: Sind Sie als Bürgermeister und zuständiger Stadtsenatsreferent angesichts der vorliegenden Tatsachen bereit, Ihre Haltung zum Moscheebau in unserer Stadt zu überdenken (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank. Herr Gemeinderat, Herr Klubobmann, eine wichtige Klarstellung aus meiner Sicht vorweg. Ich gehe an diese Frage und an das friedliche Zusammenleben von Religionen in keinsten Weise naiv heran. Ich stelle nur fest, dass es immer wieder Veröffentlichungen gibt, die sehr naive Denkmuster aufzeigen. Ich selbst habe ständigen Kontakt, auch mit der Sicherheitsdirektion in der Steiermark und unterscheide sehr deutlich und sehr klar zwischen Religionsgemeinschaften, die sich friedlich an die Stadt Graz wenden, um ihre Bauprojekte durchzuführen und jenen radikalen Gruppierungen, die es in allen Religionsgemeinschaften gibt im Speziellen auch bei unseren muslimischen Brüdern und Schwestern hier in Graz, die im Übrigen den Islamismus haben wollen, ich gehe dann gleich näher darauf ein. Der Islam in seiner gesamten Ausgestaltung in Graz besteht aus 85 % Sunniten, 10 % Schiiten und 5 % Alleviten. Es gilt nun zwischen dem offiziellen gemäßigten Islam und dem Islamismus als radikale fundamentalistische terroristische Form des Islam deutlich zu unterscheiden. Von jenen Menschen, von denen ich hier im Gemeinderat gesprochen habe und auch heute wieder spreche ist es keine naive Einstellung des Bürgermeisters, sondern das sind Menschen und Personen, ich gehe dann noch weiter darauf ein, denen man durchaus das Vertrauen schenken sollte, zumindest sollte man es tun, wenn man an einer friedlichen Lösung der Konflikte zwischen Religionen in unserer Stadt interessiert ist. Im Visier der Verfassungsschützer ist ausschließlich der Islamismus, welcher zweifellos die größte Bedrohung für den Islam selbst, für Angehörige anderer Religionen und Konfessionsfreiheit darstellt. Im Islamismus ist Ziel der radikalen Islamisten die Errichtung der Umma, der Weltgemeinschaft nach ursprünglicher tatsächlich richtiger Ordnung für alle Menschen auf dieser Erde. Grundlage dafür ist die Scharia, sämtliche Lebenssachverhalte werden hier beschrieben und der göttlichen Ordnung unterworfen entweder erlaubt oder verboten. Die Scharia besteht faktisch aus mehreren Teilen, dem Koran, der Sunna, Hadith, das ist das Verhaltensmuster Mohameds und Fatwa, die Rechtsgutachten. Westliche Werte, Demokratie, insbesondere die Trennung von Kirche und Staat werden abgelehnt und das Ziel der Umma zu erreichen ist zunächst die Täuschung und in letzter Instanz der bewaffnete,

terroristische Kampf Dschihad gegen alle Ungläubigen der Wunsch Allahs. Allein ein Muslim, der Christen zum Weihnachtsfest alles Gute wünscht, ist aus der Meinung dieser Islamisten ungläubig und für die Hölle bestimmt. Die Fahne des Dschihad ist schwarz mit weiß arabischer Schrift, wie wir sie gesehen haben, besteht also aus jenen Farben, die Mohamed seinen Kriegern übergab. Sie bedeutet Kampfgebiet und Eroberungskampf, auch bewaffneter Kampf gegen alle Ungläubigen. Wichtig ist, wir haben aber Glaubens- und Gewissensfreiheit in unserem Land. Artikel 14 Staatsgrundgesetz Absatz 1 gewährt zusammengefasst allen Einwohnern Österreichs das Recht öffentlich oder privat jede Art Glauben, Religion oder Bekenntnis frei zu üben, soferne deren Übung mit der öffentlichen Ordnung oder mit den guten Sitten vereinbar ist. Artikel 15 Staatsgrundgesetz bestimmt, dass jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgemeinschaft das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsausübung hat, ihre Angelegenheiten selbständig ordnen und verwalten kann. Sie bleibt aber dem allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen. Im Lichte der Verfassung vollzieht sich die sogenannte Religionsfreiheit auf drei Ebenen. Die Ebene 1, das sind die Vereine. Auf Basis des sehr liberalen Vereinsgesetzes bei uns, über das man durchaus intensiv nachdenken sollte, unterliegt die private Religionsausübung faktisch keiner staatlichen Kontrolle. Bisweilen ist hier sehr fundamentalistisches Gedankengut verbreitet. In Graz gibt es im Moment 14 Vereine, viele davon sind nicht radikal, wohl aber sind es etwa 100 bis 150 Personen, die als fundamentalistisch einzustufen sind und von einer solchen Gruppe wurde äußerst unangebracht die Dschihadfahne am 4.2. öffentlich mitgeführt. Der offizielle Islam in Österreich hat sich davon voll und ganz distanziert und das ist mir so wichtig, auch da noch einmal darauf aufmerksam zu machen, das ist in der Diskussion nicht naiv, sondern auch ein Lösungsansatz, den sogar unsere Sicherheitsdirektion in der Steiermark unterstreicht. Es ist uns wesentlich lieber, dass es künftig Versammlungsorte, Kulturzentren oder Moscheen gibt, die öffentlich zugänglich sind, wo wir wissen, was passiert und nicht Vereine, ich sage jetzt in Hinterhöfen existieren, wo nicht einmal die Polizei aufgrund unseres sehr liberalen Vereinsgesetzes überhaupt einen Zugang hat und wir gar nicht wissen, was sich dort alles abspielt und das ist die wesentlichste Frage, glaube ich, auf

die Sie abzielen. Ist es naiv zu glauben, dass es, wenn du öffentliche Religionseinrichtungen unterstützt, wo jeder Zugang hat oder ob es besser ist, all das zu verbieten und weiter auf Vereine in Hinterhöfen zu setzen. Letzte Anmerkung: Die islamische Glaubengemeinschaft in Österreich, die gehört zur dritten Ebene, die zweite dazwischen sind jene, die in der Warteschleife stehen um anerkannt zu werden, bei den anerkannten Religionsgemeinschaften, das ist die Ebene 3 gibt es 14 anerkannte Religionsgemeinschaften, diese sind gleichgestellt, haben Rechtspersönlichkeit, genießen den Schutz der Verfassung und des Strafgesetzbuches. Die islamische Glaubengemeinschaft in Österreich, abgekürzt IGGIÖ ist auf Grundlage des Islamgesetzes 1912 beziehungsweise einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes das einzig offiziell als Religionsgemeinschaft anerkannte Organ des Islam mit eigener Rechtspersönlichkeit und nur solche von dieser Glaubengemeinschaft unterstützte Moscheen sind rechtlich geschützt und können der staatlichen Ordnung unterworfen werden. Und jetzt möchte ich mitteilen, dass die beiden geplanten Moscheen von dieser IGGIÖ unterstützt werden, damit, das war uns auch immer wichtig, wer reicht denn da ein. Vielleicht letzte Anmerkung: Die türkische Glaubengemeinschaft, die im Übrigen alle Nachbarn und auch uns alle immer wieder einlädt, um in die Moschee zu kommen, die aus meiner Sicht nichts zu verbergen hat, hat noch nicht eingereicht, die hat uns einen Plan einmal gezeigt. Sobald sie jetzt fertig sind, wenn der Architekt fertig ist, wird dieses Satteldachgebäude eingereicht werden. Im zweiten Fall, bei den bosnischen Muslimen, wo ja auch ein Grundstück schon gekauft wurde, arbeiten wir gemeinsam an einem Projekt, sprich an einem Architekturwettbewerb, der von Seiten der Stadt auch mitgetragen wird und da werden wir selbstverständlich auch in allen Ausschüsse, wenn es soweit ist, auch berichten (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Sippel**: Ich stimme Ihnen natürlich in weiten Teilen zu, dass es eine Unterscheidung gibt zwischen Gemäßigten und Radikalen, das ist ja völlig klar. Aber

eines zeigt diese Debatte schon und zwar, dass es niemanden in Wirklichkeit klar ist in Graz, wie die Situation tatsächlich ist. Und die Zahlen schwanken natürlich auch, wie viele radikale Zellen etc. es gibt und ich denke mir, solange da keine Klärung herbeigeführt ist und nicht auch die Hintergründe beleuchtet sind, ist es fahrlässig, auch an den Moscheebau heranzuschreiten. Das will ich schon einmal hier auch bemerkt haben und das nächste ist und das war auch immer in der Debatte zu hören, vor allem von den Grünen, dass die Radikalen irgendwo anders sind, nur nicht in Graz und ich glaube, die Tatsachen und die Situation der letzten Wochen haben Gegenteiliges bewiesen. Aber zu meiner Zusatzfrage ganz kurz. Es gibt natürlich jetzt nicht seit jetzt oder seit den letzten Tagen sondern schon länger, aber immer mehr formieren sich da erste Regungen natürlich eines Bürgerprotestes und mich würde interessieren wie die weitere Vorgehensweise hinsichtlich der Information an die Grazer Bürger, wie die Informationspolitik in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten hinsichtlich Moscheebau aussieht, weil man wird den Eindruck nicht ganz los, dass da vieles außerhalb der Öffentlichkeit passiert.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also wenn ich an das, was Sie veröffentlichen von Seiten der FPÖ, in Graz denke, dann möchte ich sagen, wird da überhaupt nichts unter den Teppich gekehrt. Es hat jeder die Möglichkeit sich auch unmittelbar mit diesen Menschen, die in Graz leben, das sind rund 6 % unserer Bevölkerung auch persönlich zu treffen, bevor man einfach immer allen unterstellt, es sei so. Ich denke viel über das Zusammenleben in unserer Stadt nach und natürlich auch darüber, inwieweit man eine Gruppe für Einzelne verantwortlich machen soll. Es gibt in allen Vereinen, Kirchen und Parteien radikale Einzelpersonen, deren Verhalten Grund ist, die jeweils betroffene Mehrheit um eine Klarstellung zu bitten. Ob das Hitlergrüße bei Parteiveranstaltungen sind, Fakten...

***Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Themenverfehlung.***

Bgm. Mag. **Nagl**: ...oder eben auch das vollkommen irrsinnige Schwingen einer Fahne, die den Dschihad symbolisiert. Und ich glaube, man kann eines nicht tun, weil es solche gibt zu sagen, die gesamte Gruppierung, die es da gibt, bekommt von uns nicht das, was ihnen auch rechtens zusteht. Und wenn Sie mich konkret fragen, was wir denn da vorhaben, im Moment gibt es die Gespräche mit Stadtplanung und Stadtbaudirektion und jenem Architekten, der auch jetzt versucht, dieses Projekt zu starten, diese Ausschreibung zu machen, diese Einladung an Architekten und Architektinnen uns ein solches Projekt dann einzureichen, wie die Jury sich zusammensetzt und, und, und. Da gibt es gar kein Geheimnis und es wird gerade überlegt, da gibt es fünf Punkte, die wir von Seiten der Stadt als wichtig sehen, dass wir überhaupt dabei sind bei einem solchen Wettbewerb. Erstens die Optimierung des Raum- und Funktionsprogramms, das muss uns natürlich der Projektwerber einmal abgeben, was möchte er dort tun. Zweitens: Ein Betriebsorganisationskonzept, das heißt, die Nutzungsoptimierung, was findet dort statt, wie kann man das bewältigen. Drittens: Die städtebaulichen Konzepte inklusive Umgebungsareal, das ist das, wo wir uns als Stadtplanungsteam hier einbringen. Viertens: Die Rückkoppelung dieses Programms mit der Politik im Planungsausschuss, da sitzen Sie dann auch mit dabei und fünftens, das Wettbewerbsverfahren einstufig, das zirka zehn bis zwölf Wochen dann dauern wird. Also es ist heuer noch damit zu rechnen, dass wir im Planungsausschuss damit beschäftigt werden, dann eine Jurysitzung haben, die wir auch gerne sehr öffentlich wieder machen wollen, wie wir es bei der Annenstraße gerade gemeinsam vorgestellt haben. Es wird einen Wettbewerb geben, dann wird ein Wettbewerbssieger da sein und dann wird diese Religionsgemeinschaft versuchen, nach den Plänen des Architekten auch dieses Projekt umzusetzen. Also kein Versteckspiel, gar nichts, jetzt wird intern gearbeitet, wir haben das, soweit ich weiß, haben wir das Bau- und Funktionsprogramm, auf das

wir noch warten ist dieses Betriebsorganisationenkonzept, wie viel Menschen sind dort, wie wird sich da der Verkehr und all diese Dinge dann regeln lassen und so wollen wir eigentlich vorgehen und das wird selbstverständlich in dem Planungsausschuss kommen, also kein Versteckspiel, sondern genau das Gegenteil. Raus, weg von den Vereinen hin zu öffentlichen Plätzen, die auch jeder besuchen kann (Applaus ÖVP und Grüne).

GR. Mag. **Sippel**: Das heißt, die Anrainer werden informiert.

Bgm. Mag. **Nagl**: Selbstverständlich wird es unter Einbeziehung von Anrainern usw. gehen. Die werden im Rahmen des Bauverfahrens sowieso, aber Sie wissen, dass wir ja auch Bürgerbeteiligungsverfahren in der Stadtplanung und in der Stadtbaudirektion leben und es gibt, wie gesagt, nichts zu verstecken, aber erst, wenn es soweit ist, können wir informieren (*Applaus ÖVP*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.00 Uhr den Vorsitz.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem der Kollege Rüschi heute nicht da ist, wird der Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg die Antwort geben.

## 5) Entwicklung der Gebühren- und Abgabenbelastung für die Menschen in Graz

GR. **Schröck** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage.

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich begrüße auch sehr herzlich die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne, insbesondere unsere Brigitte Fischer und möchte ihr auf diesem Wege auch noch einmal für die sehr gute Zusammenarbeit in den letzten Monaten danken. Sehr geehrter Herr Stadtrat Eiselsberg! In den vergangenen Jahren mussten die Bürger der Stadt Graz zur Kenntnis nehmen, dass in ihrer Stadt die höchste Gebühren- und Abgabenbelastung Österreichs herrscht. In Anbetracht der Tatsache, dass wir uns in wirtschaftlich schwierigen Zeiten befinden und sich die Lebenshaltungskosten ohnehin ständig erhöhen, haben die Menschen genug für Leistungen gezahlt, die längst nicht mehr der Abgaben- und Gebührenhöhe entsprechen. Daher stelle ich folgende

### **Frage:**

Wie haben sich sämtliche Gebühren und Abgaben, die an die Stadt Graz zu entrichten sind, in den letzten fünf Jahren prozentuell entwickelt?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Diese Frage ermöglicht es mir, gerade auch einem Gemeinderat, der noch nicht sehr lange hier im Haus tätig ist, einige Informationen zu vermitteln, die ihm offenbar nicht bekannt sind. Vorweg möchte ich aber auch festhalten, dass es schon ein wenig bedauerlich ist, dass du dir nicht die Mühe machst, einen einfachen Weg einer zielgerichteten Recherche zu beschreiten, das Internet wäre ja sicher ein probates Mittel, bevor du irgendwelche Behauptungen ungeprüft in die Welt setzt und Graz als die teuerste Stadt in Österreich hochstilisiert.

***Zwischenruf GR. Grosz. Steht im Bundesrechnungshofbericht.***

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Zwei konkrete Beispiele mögen den Wahrheitsgehalt deiner Aussagen verdeutlichen. Erstes Beispiel Kanalbenützungsgebühr, Dreipersonenhaushalt 110 m<sup>2</sup> Wohnfläche, ein WC, 150 Kubikmeter Abwasser pro Jahr, hier im Vergleich Städte: Salzburg brutto pro Jahr 366 Euro, Innsbruck 308 Euro, Klagenfurt 242 Euro, Bregenz 194 Euro, Graz 193 Euro. Zweites Beispiel Müllabfuhrgebühr: 120 Liter Restmüllbehälter, 14tägige Entleerung und Bioabfallentsorgung. Gebühr brutto pro Jahr beträgt in den Städten Innsbruck 320 Euro, in St. Pölten 250 Euro, in Klagenfurt 234 Euro, in Bregenz 232 Euro und in Graz 223 Euro. Die genannten Kanal- und Müllgebühren wurden im Übrigen in den vergangenen Jahren immer nur im Ausmaß der Jahresinflation angepasst und sind im Mehrjahresschnitt sogar leicht kostenunterdeckend.

***Zwischenruf GR. Grosz: Was ist mit den Parkgebühren?***

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Ein Blick in die Gemeinderatsstücke vom 13. Dezember des Vorjahres hätte auch genügt, damit sich dieser Umstand auch dir erschließt, etwa, dass der Satz für die Bauabgabe seit nunmehr 16 Jahren unverändert ist oder der Einheitssatz für den Kanalanschlussbeitrag gleich seit 22 Jahren gleichgeblieben ist, ist deiner Aufmerksamkeit oder besser gesagt, deiner Nichtaufmerksamkeit offenbar auch entgangen. Wenn du weiters, natürlich auch nicht näher begründet, aber jedenfalls indirekt behauptest, dass die Stadt Graz eigentlich eine schlechte Leistung gegenüber ihren BürgerInnen erbringt und dafür trotzdem viel kassiert, dann glaube

ich, entlarvt sich auch dieser Vorwurf von selbst. Ich erspare mir an dieser Stelle das Leistungsportfolio der Stadt Graz und der angeschlossenen Gesellschaften aufzuzählen, das ja eigentlich den Mitgliedern des Gemeinderates bestens bekannt ist oder sein sollte. Ich lade dich aber auch ausdrücklich ein, dir einmal Zeit zu nehmen, einen Blick über die Schulter einer Mitarbeiterin in einem städtischen Kindergarten zu werfen oder die Arbeit einer Kollegin in den GGZ zu beobachten oder einem Kollegen in der Servicestelle im Amtshaus einmal bei seiner Tätigkeit zuzuschauen. Ich fasse daher zusammen, die Stadt Graz braucht sich also weder für die Leistungen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch für ihre seriöse Abgaben- und Gebührenpolitik verstecken (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Eiselsberg, es tut mir natürlich leid für dich, dass du anscheinend eine schlechte Nacht hinter dir hast, so grantig, wie du dich hier zeigst. Es ist für mich wahrscheinlich auch besser, wenn ich das nächste Mal eine Frage auch an den betreffenden Stadtrat richte und nicht an dich, der du diese Frage anscheinend trotz deiner langjährigen Erfahrung hier herinnen...

Bgm. Mag. **Nagl**: Gibt es eine Zusatzfrage!

GR. **Schröck**: Ja, ich werde genauso wie der Stadtrat Baumann vorhin, diese Frage oder Gemeinderat, man weiß ja nie, Stadtrat der Herzen vielleicht. Lieber Herr Stadtrat, es ist dir entgangen, dass ich die Informationen schon aus dem Bundesrechnungshofbericht habe und dass du auch hier die Hälfte der Gebühren

tatsächlich die angestiegen sind, verschwiegen hast, aber bitte, ich hoffe, deine Laune steigt demnächst wieder.

### **5) Dringend notwendige Beseitigung von Schlaglöchern als Sicherheitsrisiko und Kostenfalle für Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger**

GR. Mag. **Mariacher** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), liebe Vizebürgermeisterin, ich hoffe, Sie haben noch ein Ohr frei. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die dringende Beseitigung von Schlaglöchern, die sich einfach als Sicherheitsrisiko aber auch als Kostenfalle für Autofahrer, Radfahrer und auch Fußgänger erweisen. Ich gehe einmal gedanklich in den Grazer Westen, ob das die Peter-Tunner-Gasse ist, ob das die Eggenberger Allee ist, ob das die Baiernstraße oder die Burenstraße ist, überall zeigen sich die Ergebnisse, die Frostaufreise, die Schäden, die einfach durch den Winter entstanden sind und diese Fahrten oder Gehwege über Rüttelpisten führen zu riskanten Ausweichmanövern bei Autofahrern und auch Radfahrern. Damit verbunden erhöhtes Unfallrisiko, etliche Schäden, ich denke dabei an Stoßdämpfer, an Stabilisatoren von Personenkraftwägen und natürlich auch, das Frühjahr steht bevor, auch für die Motorradfahrer (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) eine besondere Gefahr. Aber ich möchte die Fußgänger auch nicht vergessen, denn besonders Stürze durch Unebenheiten füllen auch die chirurgischen Ambulanzen unserer Spitäler und daher ist es auch geboten, für entsprechende Sicherheit auf Gehsteigen und Gehwegen zu sorgen. Auf den Straßenerhalter kommen darüber hinaus sehr erhebliche rechtliche Risiken und finanzielle Risiken dazu, weil auch hier entsprechende Klagen an die Stadt auch gerichtet werden könnten, weil ja auch eine Straßenerhaltungspflicht auch rechtlich gegeben ist.

Darüber hinaus gibt es moderne Verfahren und auch Baustoffe für die Sanierung von entsprechenden Verkehrsflächen, die im Vergleich zu traditionellen Methoden und provisorischen Ausbesserungen erheblich beitragen können, Kosten zu senken aber auch die Haltbarkeit des neuen Belages sprich die Nutzungsdauer zu erhöhen.

Meine

### **F r a g e**

an Sie lautet, Frau Vizebürgermeisterin: Warum werden in Graz entstandene Schlaglöcher nicht umgehend als Gefahrenquelle beschildert und bis wann werden die aufgerissenen Straßen, Wege und Gehsteige, gestopft, um die Schlaglöcher zu beseitigen oder denken Sie, dass die Grazerinnen und Grazer sukzessive sich an Straßenverhältnisse wie in der ehemaligen DDR gewöhnen werden müssen.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Die Frage habe ich von Ihnen, glaube ich, jetzt in den letzten Jahren jedes Jahr bekommen.

**Zwischenruf GR. Grosz:** *Die war vom BZÖ damals.*

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Generell noch einmal eine Information. 900 Kilometer Straßennetze sind im Auftrag der Stadt, insbesondere inzwischen im Auftrag der Holding zu pflegen und zu erhalten als Straßenerhalter für Gemeindestraßen. Es gibt also auch Straßen, die Sie genannt haben, die im Auftrag des Landes liegen. Es sind in

der Stadt Graz täglich zehn Arbeitspartien der Straßenerhaltung im Stadtgebiet unterwegs, um Schlaglöcher und Frostaufbrüche zu sanieren. Dass jetzt so lange Frostzeiten sind und gerade heute und die letzten Tage, denke ich mir, ist es evident, dass der Winter noch nicht zu Ende ist, nicht mit einer endgültigen Lösung an die Aufbrüche herangehen können, sondern mit Kaltmischgut Übergangslösungen finden müssen ist eine alte Tatsache, die sich in den letzten Jahren nicht geändert hat. Erst ab Mitte März sind die Heißasphaltemischanlagen geöffnet, das heißt, auch der Zugang zu anderen Material wäre da noch gar nicht möglich. Es gibt übrigens in den letzten Jahren regelmäßige Test mit unterschiedlichen Materialien und es werden immer nur diese ausgewählt, die auch die praktikabelsten Produkte sind, was das Verhältnis zwischen Leistung und Nachhaltigkeit betrifft, aber wie gesagt, was jetzt passiert ist, ein provisorisches Ausbessern der Aufbrüche und erst dann, wenn wir Heißmischgut haben, können wir auch eine langfristige Sanierung vornehmen. Prinzipiell dazu wird alle sechs Wochen jede Straße durch eine Straßenkontrolle, die zu Fuß passiert, also jede Straße wird im Rhythmus von sechs Wochen einmal komplett begangen, um mögliche Sicherheitsgefahren zu erkennen. Die Stadt Graz ist mit einer sehr geringen Anzahl an Schadenersatzforderungen konfrontiert, was vielleicht auch ein kleiner Hinweis darauf ist, dass die Verhältnisse bei weitem nicht dort sind, wie sie von Ihnen geschildert wurden und da möchte ich eine kleine Anmerkung machen, auch ich habe einmal den Führerschein gemacht und weiß auch, wie man mit einem Auto in der Stadt fährt, man hat gelernt, man sollte die Fahrweise an die Straßenverhältnisse anpassen. Ich denke, das gilt für alles, das heißt, sollte es wirklich so sein, wie Sie es beschrieben haben, dass wir wirklich bedrohliche Situationen auf der Straße haben, wo Riesenlöcher sind, da muss man halt entsprechend langsam fahren und dann kann sich nachher niemand über Stoßdämpfer beschweren, aber so wie ich es erlebe und ich bin ja auch viel auf der Straße unterwegs zu Fuß, mit dem Rad, sehe ich diese drastische Schilderung, die Sie da darstellen eher als Politikum. Aber, wie gesagt, die Antwort ist eindeutig, es wird regelmäßig kontrolliert, es sind zehn Teams unterwegs und natürlich können wir jetzt noch nicht umsetzen, was man sich wünscht, dass sofort die Löcher für ewige Zeiten

wieder zu sind, es ist so, dass sie provisorisch gestopft werden und dann im Frühling, sobald es möglich ist, nachhaltig bearbeitet werden. Eggenberger Straße, wie gesagt, ist sowieso eine Baustelle vor der Türe, wenn eine Generalsanierung ansteht, dann wird man nicht davor umfassende Maßnahmen setzen, sondern schauen, dass das aufrecht bleibt der Mindeststandard und dann natürlich in der Generalsanierung ein anderes Verhältnis geschaffen wird.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Danke einmal für die Erstbeantwortung. Selbstverständlich gibt es neue Verfahren, die es auch erlauben, in trockenen Phasen des Winters entsprechende Maßnahmen zu setzen und nicht bis auf das Frühjahr zu warten. Daher auch meine Zusatzfrage in diesem Zusammenhang: Auf welchen Verkehrsflächen in Graz haben Sie bereits patentierte Produkte der Nanotechnologie zur Sanierung des Belages eingesetzt, die in der Lage sind, auf umweltneutraler und ungiftiger Basis Bauzeiten und Kosten um bis zu 30 % zu senken?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Herr Gemeinderat! Gerne reiche ich diese Frage an meine Fachleute weiter. Da bin ich im Detail nicht befasst, aber Nanotechnologie halte ich insgesamt für eine spannende Entwicklung, habe ich mir gerade letzte Woche in einem technischen Museum näher erklären lassen, also ich frage da gerne nach.

## **6) Verkehrsbehindernder Sichtschutz am Sternäckerweg**

GR. Mag. **Spath** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. Mag. **Spath**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Meine Frage richtet sich betreffend des verkehrsbehindernden Sichtschutz am Sternäckerweg. Im Sommer 2009 wurde das Trainingszentrum des SK Sturm Graz am Sternäckerweg saniert, um Trainingsplätze erweitert und im Juni 2010 feierlich eröffnet.

Für den von mir bereits im vergangenen Jahr beantragten Lückenschluss des Gehsteiges entlang der neuerrichteten Trainingsplätze wurden Vorplanungen erstellt, jedoch gibt es, wie Sie mir berichteten, Frau Vizebürgermeisterin, noch Umsetzungsschwierigkeiten.

Der SK Sturm hat jetzt entlang des Zaunes einen Sichtschutz, ein Transparent angebracht, sodass es für die Verkehrsteilnehmer immer wieder zu gefährlichen Situationen, insbesondere bei der 90-Grad-Kurve des Sternäckerweges, kommt. Hier kann der eine Verkehrsteilnehmer, ob Fußgänger, Radfahrer, KFZ und umgekehrt, den anderen erst sehr spät sehen. Es würde die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer erhöhen, würde im Bereich der 90-Grad-Kurve der Sichtschutz, zumindest auf einer Länge von je 20 Meter ab dem Eckpfeiler, entfernt werden.

Während der Fußballspiele und des Trainingsbetriebes wird die Situation, auch durch auf diesem „Gehweg“ parkende Autos, verschärft.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, die

### **F r a g e ,**

sind Sie bereit, mit den Verantwortlichen des SK Sturm in Verhandlung zu treten und die Entfernung des Sichtschutzes am Zaun in der 90-Grad-Kurve des Sternäckerweges zu veranlassen, um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer, insbesondere der FußgängerInnen, zu gewährleisten.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Lieber Gerhard Spath! Mir ist dieses Thema natürlich, wir wissen, wir haben da schon viel diskutiert, ich bin auch schon einmal an Sturm herangetreten, um das zu ändern. Ich habe gehört, ein bisschen ist was verändert worden, aber nicht genug. Rein aus Verkehrssicherheitsgründen sagt mir die Behörde, sei es kein Problem, aber was ich gerne machen kann ist, dass ich noch einmal an Sturm herantrete und ersuche, da noch eine Lösung zu finden, die diese Ecke, die ich auch als sehr uneinsichtig empfinde, noch besser aufzumachen. Wenn ein Spiel ist, ich weiß nicht, ob der Grund ist, dass das dort hängt, dass niemand von Außen zuschaut, das muss man dann diskutieren, aber ich werde gerne noch einmal herantreten an Sturm.

GR. Mag. **Spath**: Das Problem dort sind natürlich auch noch die parkenden Autos und der fehlende Gehsteig, es gibt keine Zusatzfrage, aber ich bitte einfach um Information, wenn es ein Gespräch gegeben hat.

***Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.15 Uhr den Vorsitz.***

## **7) Reininghausgründe/Stand der Verhandlungen**

GR. **Martiner** stellt an Bgm. Mag. Nagl folgende Frage:

GR. **Martiner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, Herr Bürgermeister, werter hoher Gemeinderat! Wir haben eine Sondergemeinderatssitzung auch gehabt bezüglich Reininghausgründe unter anderem und natürlich hat es auch mediale

Begleitung gegeben (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Am 11. Jänner hat ja vom Petruswerk der Geschäftsführer, der Herr Douglas Fernando gesagt, wir werden uns zusammensetzen und haben wir in sechs Wochen auch eine Stadtbahn, wenn wir wollen, Sie haben das zwar auch dann aus Bürgermeistersicht auch klargestellt. Am 8. Februar wurde, auch medial begleitet, Asset One unter Herrn Scholdan und Petruswerk unter Herrn Fernando verhandeln noch und dadurch tut sich bei mir schon auch die Frage auf und namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion möchte ich diese

### **F r a g e**

an dich jetzt stellen: Gab es von deiner Seite als zuständiger Referent für Stadtplanung, die Baudirektion, die Bau- und Anlagenbehörde seit 15. Jänner Gespräche mit Asset One beziehungsweise mit Herrn Douglas Fernando hinsichtlich der Realisierung des Projektes Reininghaus (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat, lieber Andreas! Es haben keine Gespräche stattgefunden.

GR. **Martiner**: Ein kurzes Protokoll für mich persönlich. Geschätzter Herr Bürgermeister, ich hätte auch eine Zusatzfrage. Wenn Gespräche stattfinden werden, und das hoffen wir natürlich dann mit Herrn Douglas Fernando beziehungsweise mit dem Petruswerk, die zu führenden Verhandlungen unter der Bedingung stattfinden, dass der vom Gemeinderat beschlossene Rahmenplan für Reininghaus einzuhalten ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Ganz wichtig, wenn der Gemeinderat was beschließt, dann ist das einzuhalten. Wir haben den letzten Rahmenplan ja noch einstimmig beschlossen und haben mit dem damaligen Projektwerber und dem damaligen Eigentümer uns auf diesen Rahmenplan geeinigt. Falls der Herr Douglas Fernando kaufen sollte und andere Wünsche hat, dann wird er es uns mitteilen. Wie gesagt, ich habe bis zum heutigen Tag da leider noch keine Informationen, also weder ob er es schon gekauft hat, ich denke er wird, so wie er es uns versprochen hat mit seinen Planungsteams emsig daran arbeiten, dann haben wir selbstverständlich wieder in die Ausschüsse, im Speziellen in diesen Ausschuss, den wir extra eingerichtet haben, zu gehen. Ich habe aber zwei Dinge gemacht. Nicht nur den Ausschuss mit Ihrer Hilfe auch eingerichtet, sondern wir haben auch gemeinsam eine Arbeitsgruppe schon zusammengestellt, an dem ja auch die Planungssprecher der im Stadtsenat vertretenen Parteien dabei sein sollen, weil es mir schon wichtig ist, natürlich auch die hohe Beamtschaft, alle die wir dazu brauchen, weil der Herr Fernando hat ja klargemacht, er möchte es möglichst zügig und schnell angehen. Und deswegen bin ich dem Herrn Baudirektor aber auch unserem Stadtplanungschef wirklich dankbar, die haben in einer sehr intensiven Arbeitsgruppe mir gestern in einer Dienstbesprechung schon eine richtig große Mappe einmal vorgestellt, wo wir die weitere Arbeit, falls es zum Kauf kommen sollte, sehr genau skizzieren und auch einmal schauen, wie schnell kann man denn überhaupt, selbst wenn alles gut läuft, bauen. Da haben wir einen genauen Zeitplan und, und, und. Das heißt, wir bereiten uns jetzt schon sehr intensiv auf Verhandlungen mit Investoren vor, müssen aber zuerst eben abwarten, ob das Petruswerk oder eine Gesellschaft vom Herrn Fernando überhaupt Käufer ist und dann muss das möglichst zügig gehen. Aber ich habe uns gut vorbereitet, das war eine gewaltige Arbeit und das können wir dann im Ausschuss beziehungsweise auch in dieser Task-Force-Gruppe, wie ich sie nenne, dann auch einmal vorstellen (*Applaus ÖVP*).

## 8) Subventionskürzungen Integrationsbudget

GRin. **Binder** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im Dezember wurde das Budget beschlossen und mit Recht ist stolz darauf hingewiesen worden, dass das Integrationsbudget nicht nur nicht gekürzt wurde, sondern auch aufgestockt wurde. In der vorigen Gemeinderatssitzung ist die Integrationsstrategie beschlossen worden und ein wesentlicher Teil in der Integrationsstrategie beschäftigt sich damit möglichst ein breites, vielfältiges Angebot an Deutschkursen zu ermöglichen. Daher stelle ich jetzt an Sie folgende Frage, nachdem ich erfahren habe, dass es doch einige Kürzungen gegeben hat zum Beispiel, dass die Sprachkurse von ISOP um 10.000 Euro gekürzt wurden, das SOMM mit ihrer Arbeit im Gesundheitsbereich um 10.000 Euro gekürzt wurde und dass das Megaphon auch die 8.000 Euro, die es sonst immer bekommen hat, nicht mehr bekommen wird, stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister die

### F r a g e

aufgrund welcher nachvollziehbarer Kriterien beziehungsweise Schwerpunktsetzungen erfolgten die Kürzungen der Subventionen für die von mir angesprochenen Vereine?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, es wurden die Basissubventionen bei einigen Vereinen gekürzt, das betrifft ISOP mit 10.000 Euro, sie bekommen jetzt nach wie vor 76.000 Euro, es betrifft die Caritas mit 28.000 Euro, sie bekommen nach wie vor 87.000 Euro und eben auch den Verein SOMM mit 10.000 Euro, von dessen Arbeit nicht alle ganz überzeugt sind, trotzdem erhalten sie heuer wieder die 10.000 Euro als

Basissubvention. Der Grund für die Kürzung ist, dass einige EU-Anträge im Frühjahr entschieden werden, bei welchem die Stadt Graz beziehungsweise das Integrationsreferat als Partner fungiert, daher haben wir jetzt einfach einmal eine Vorsorge treffen müssen, das auch wir als Stadt Graz versuchen, die eingesetzten Mittel durch Förderungen der EU deutlich effizienter zu machen, sie zu erhöhen ist eine Selbstverständlichkeit. Jetzt wird es davon abhängen, welche Projekte den Zuschlag bekommen. Sollten wir bei einigen Projekten durchfallen, dann stehen diese Summen selbstverständlich wieder zur Verfügung und dann könnten wir in diesen Bereichen auch noch dem einen oder anderen Verein, der jetzt zitiert worden ist oder vielleicht auch allen wieder diese Förderung erhöhen, das heißt, ich musste einfach im Moment einmal Mittel zurückhalten, weil wir noch nicht wissen, wie viel EU-Fördermittel kommen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Ich habe noch eine Zusatzfrage dazu und zwar: Haben diese Vereine die Mitteilung, dass sie eine Kürzung erfahren nicht schriftlich bekommen, sondern eher durch Zufall erfahren? Sehen Sie da einen Nachholbedarf, dass, egal welcher Verein, eine Kürzung erfährt, dass diesem Verein auch rechtzeitig und in einer gewissen Form mitgeteilt bekommt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich glaube, es ist ganz, ganz wichtig, dass sie eine Mitteilung bekommen. In dem Augenblick wo die Förderung beschlossen ist, siehst du natürlich auch die Höhe, mit der du gefördert wurdest. Auf der anderen Seite denke ich mir, gerade bei der Chefin unseres Integrationsreferates, ich kann es mir fast nicht vorstellen, dass da nicht vorher drüber gesprochen wurde, wenn dem so ist, sollte man das rechtzeitig tun. Es ist, glaube ich, eine wichtige Information, es besteht nach wie vor auch die Chance, dass es noch zu Geldern kommt, aber wir haben jetzt

einfach einmal was zurückgehalten, im Frühjahr sollen diese EU-Entscheidungen fallen und das wird eh in wenigen Wochen sein und dann können wir wieder auf sie zugehen.

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.25 Uhr den Vorsitz.***

## **9) Lungenerkrankungen in Graz**

GR. **Sikora** stellt an StR. **Herper** folgende Frage:

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Gemeinderat Herper, darf ich Ihnen als Stadtrat eine Frage stellen, mit Ihrem Einverständnis und zwar haben wir im Grazer Stadtgebiet den Umstand, dass es seit November zu einer massiven Häufung von Erkrankungen der Atemwege sprich Lungenentzündungen, Bronchitis und anderen Erkrankungen der Atemwege gekommen ist und auch weiter kommt, das hat zur Folge, dass die Ambulatorien und die Kliniken maßlos überfüllt sind, da möchte ich vielleicht einen Fall einer besorgten Mutter schildern, die zu mir gekommen ist und im Dezember mit ihrem Kind, das an Lungenentzündung erkrankt war und zwar untersucht wurde auf der Kinderklinik, aber dann keinen Platz zur Aufnahme gefunden hat, da das Klinikum restlos überfüllt war, dieser Zustand ist auch zur Zeit noch gegeben und auch bei den Sanatorien finden wir diese Zustände, dass auch die Sanatorien überfüllt sind und keine Patienten aufnehmen können, die nicht so akut erkrankt sind, dass sie dann wieder heimgeschickt werden können. Also die Mutter ist mit einem Rezept abgespeist worden, das sie gegen die Lungenentzündung für ihr Kind dann mitbekommen hat. Die Situation ist sicher ernsthaft, es ist auch zurzeit eine enorme Grippewelle und wir

haben das auch in den Zeitungen gelesen, dass die Kliniken wirklich sehr überfüllt sind und an der Grenze ihrer Kapazität angelangt sind.

Und darum möchte ich die

## F r a g e

stellen: Wie reagiert das städtische Gesundheitsamt auf die aktuelle Häufung von Erkrankungen der Atemwege in Graz? Was gedenken Sie, dagegen zu unternehmen, Herr Stadtrat (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Christian! Danke herzlich für diese Frage, ich bitte mir den konkreten Fall noch einmal zu übergeben, damit ich dem persönlich nachgehen kann an der Klinik, damit ich mich gleich darum kümmern kann und eingreifen kann, falls noch Hilfe und Hilfestellung in Zukunft notwendig ist. Wir haben ja betreffend Feinstaub bereits, ich glaube, 33 Mal den Grenzwert überschritten, der uns vorgegeben worden ist, im Februar. Lungenkrankheiten sind ja dem Gesundheitsamt zahlenmäßig und in der Häufigkeit des Auftretens nur insofern bekannt, als es sich um meldepflichtige Infektionskrankheiten handelt, also beispielsweise vorrangig Tuberkulose. Andere Lungenerkrankungen infektiöser Ursache beispielsweise Allergien da besteht keine Meldepflicht und auch keine fundierte Aussage über das Auftreten, die mengenmäßige Verteilung in der Grazer Bevölkerung. Leider, sage ich, ist das durch das Gesundheitsamt derzeit nicht möglich, daher kann eine aktuelle Häufung von Erkrankungen der Atemwege in Graz weder bestätigt noch in Abrede gestellt werden. Ich registriere das in meinem Bekanntenkreis, das was du als Befund gegeben hast natürlich auch. Unbestreitbar ist jedoch in und durch zahlreiche epidemiologische

Studien weltweit, wissenschaftlich fundiert und bewiesen ist die Bedeutung des Feinstaubes als auslösender Faktor und Verursacher von Lungenerkrankungen und ist auch aus gesundheitspolitischer Sicht, und ich sage das als Gesundheitsreferent der Landeshauptstadt Graz alles zu unternehmen, wirklich alles zu unternehmen, um die Feinstaubbelastung der Grazer Bevölkerung zu reduzieren. Ich denke vor allem, die Zielvorstellungen und die Angriffspunkte, über die wir schon seit Jahr und Tag uns unterhalten hier in diesem Haus oder auch im Land, sind natürlich vorrangig der Verkehr und der Hausbrand. Unbeschadet dessen, dass eine breit geführte Diskussion immer wieder geführt wird, anlässlich deiner Frage in der Fragestunde zum Thema Lungenerkrankungen und Feinstaub, kann es aber nicht dazu führen, dass nichts oder nicht genügend gegen die Feinstaubbelastung der Grazer Bevölkerung unternommen wird, dass es vorrangig darum geht, Maßnahmen nicht nur vorzuschlagen, sondern auch die Umsetzung aus gesundheitspolitischer Sicht einzufordern. Ich bin am 9. Februar an den Umwelt- und Verkehrslandesrat Gerhard Kurzmann herangetreten, damit sofortige Maßnahmen gemeinsam erledigt werden und nicht, dass zugewartet werden wird, bis ein Konzept vorliegt im Mai beziehungsweise Anfang Juni, wie angekündigt. Ich habe auch als Gesundheitsreferent dem Landesrat Kurzmann diese Kooperation zugesagt und bin bei der Vizebürgermeisterin Lisa Rücker vorstellig geworden, um noch nach den Semesterferien, Heinz Baumann wird da ja in einem dringlichen Antrag auch noch wiederholen und sich noch einmal inhaltlich stärker beschäftigen, eine Sitzung des Umweltausschusses stattfindet, die sich dringlich mit dieser Thematik, aus dringlichem Anlass beschäftigt. Selbstverständlich ist Landesrat Kurzmann einzuladen, das hat mir Vizebürgermeisterin Lisa Rücker zugesichert, auch der Leiter des Umweltamtes, Terminvorschläge sind im Einlangen oder in Vorbereitung. Ich glaube, es ist wichtig, dass er dort selbst sein Konzept präsentiert seine umwelt- und verkehrspolitischen Konzepte, damit wir das in Graz breit diskutieren können, deswegen unterstütze ich auch jede Maßnahmen in diesem Zusammenhang. Ich werde mich aber persönlich darum kümmern, um konkrete Anlassfälle, die du, Christian, angeführt hast. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. **Sikora:** Danke, lieber Karl-Heinz Herper für die ausführliche Erläuterung dieses wirklich ernsthaften Problems. Man hört es wahrscheinlich auch an meiner Stimme, du hast vollkommen Recht, das ist wahrscheinlich ein Feinstaubproblem unter anderem auch darstellt. Trotzdem die Besorgnis ist recht groß und darum die Zusatzfrage. Ist es auszuschließen, dass man einer Pandemie entgegensteuert (*Applaus KPÖ*).

StR. **Herper:** Ich bin weder Wissenschaftler noch Arzt, entgegensteuern einer Pandemie kann ich nicht zubilligen. Wir haben eine Häufung, aber ich werde mit meinen Fachleuten, Fachfrauen und Fachmännern im Gesundheitsamt mich darüber unterhalten und dir noch eine kurze Antwort geben. Danke (*Applaus SPÖ*).